Aufruf

an die sozialdemokratischen Organisationen

des Kantons Aargau.

Werte Freunde!

Wie Ihr wißt, ist gegenwärtig in der ganzen Schweiz eine Bewegung im Gang mit dem Zweck, dem **Spielbankartikel** (§ 35) unserer Bundesverfassung eine klarere Form zu geben, sodaß er in Zukunft nicht mehr soll umgangen werden können. Es haben sich nämlich trotz des Verbots der Bundesverfassung im Schatten der sogenannten **Kursäle** in Genf, Montreux, Interlaken, Thun, Baden, Luzern, Bern, Locarno, Lugano **Glücksspielbetriebe** eingenistet, die sich nur durch die niedrigeren Einsätze von der berühmten Spielhölle in Monte Carlo und ähnlichen Orten unterscheiden. Der schweizerische **Bundesrat** hat diese Betriebe durch ein in jeder Hinsicht sehr anfechtbares Reglement förmlich **anerkannt**. Wenn das Schweizervolk nicht will, daß diese eigenartige Form des Kapitalismus endgültig bei uns Boden fasse und noch ganz andern Umfang annehme als bisher, so ist es höchste Zeit, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Wir brauchen Euch wohl kaum erst darüber aufzuklären, warum wir als sozial Gesinnte dabei sein müssen, wenn da Ordnung geschaffen wird. Wer auch nur einen Augenblick **nachdenkt** über die Sache, muß sich sagen, daß die Spekulation auf die Spielleidenschaft und Dummheit des Publikums und der Gelderwerb durch Zufall, die das Wesen dieser Spiele ausmachen, gerade **vom sozialen Standpunkt aus unbedingt bekämpft werden müssen** und daß darum alle, die ernsthaft auf diesem Standpunkt stehen, energisch dafür eintreten müssen, daß die betreffende Verfassungsbestimmung eine solche Form erhalte, daß ihr in Zukunft nachgelebt werden **muss**.

Ihr werdet Euch nicht irre machen lassen durch das **Geschwätz** von gewisser Seite, es handle sich bei dieser Initiative um eine Polizeimaßregel **gegen die sittliche (!) Freiheit des Einzelnen** („Muckerinitiative“), und die Glücksspiele seien nötig im **Interesse unserer Fremdenindustrie**. Es ist interessant genug, daß fast **die gleichen Einwände von der gleichen Seite** auch bei den Debatten über das neue Fabrikgesetz immer wieder erhoben worden sind. Sie sind **hier so hinfällig wie dort**. Freiheit zu Spekulationen auf die Schwachheit oder Torheit der Andern verdient die schöne Bezeichnung „Freiheit“ nicht, sie ist Ausbeutung und Willkür, gegen die wir im Namen der **wahren Freiheit** protestieren. Und die Behauptung, daß unsere Fremdenindustrie ohne diese Glücksspiele zu Grunde gehen müsse, ist gerade so unwahr wie die andere, daß unsere schweizerische Fabrikindustrie zu Grunde gehen werde an den Fortschritten der Sozialpolitik. Das Beispiel Deutschlands, das bei einem blühenden Fremden- und Bäderwesen **keine** Glücksspiele duldet, das Beispiel von Zermatt und Ragaz in der Schweiz beweisen es. Es ist ferner nicht wahr, es könne uns gleichgültig sein, wenn die reichen Fremden sich in unsern Spielsälen rupfen lassen. Das kann uns **nicht** gleichgültig sein:

Erstens weil es bei uns nur **ein Recht** geben soll, für Arme und Reiche, für Schweizer und Fremde; zweitens weil nachgewiesenermassen auch unbemittelte Einheimische oft genug diesen Spielen fröhnen und dadurch in Schäden und Schande geraten. Und auch das ist nicht richtig, wenn man sagt, gerade so gut müsse der „Jass“ und ähnliche Spiele unterdrückt werden. Ein aufgeklärter Arbeiter wird zwar sicher kein Gewohnheitsjasser sein, er hat Zeit und Geld besser zu verwenden; aber wir denken nicht daran, Besserungen auf diesem Gebiete persönlicher Moral auf gesetzgeberischem Wege zu erzielen, sie müssen auf andere Weise kommen. Die Glücksspiele in unsern Kursälen aber sind **ein öffentliches soziales Uebel** und darum können und müssen wir politisch gegen sie vorgehen.

Es ist hochehrfrohlich, daß sich der **Parteivorstand der schweizerischen Sozialdemokratie** und die **Geschäftsleitung der aargauischen sozialdemokratischen Partei** bereits für die **Initiative** ausgesprochen haben. Im Einverständnis mit der Geschäftsleitung treten wir darum an die aarg. sozialdemokratischen Organisationen heran mit dem Ersuchen, sie möchten kräftig für diese Initiative eintreten. Von den **herrschenden Kreisen** in unserm Kanton ist auch in diesem Fall wenig oder nichts zu erwarten. Die Haltung unserer tonangebenden Presse und die Zweidrittelsmehrheit gegen die Initiative in der reformierten Kirchensynode beweisen es. Umsomehr müssen die **wahrhaft lebendigen und fortschrittlichen Elemente** in unserem Volk, vor allem die organisierte Arbeiterschaft und die Abstinente aller Richtungen zusammenstehen, um dafür zu sorgen, daß der Aargau in dieser Sache nicht mit Unehren dastehe. Es werden demnächst allen sozialdemokratischen Organisationen die **Initiativbogen** samt genauen Anleitungen zugehen und wir bitten Euch, die Unterschriftensammlung sofort und mit Energie in Angriff zu nehmen. Sie muß bis zum 31. Mai **beendet** sein.

Wir grüßen die Gesinnungsgenossen und Mitarbeiter!

Safenwil, 20. April 1914.

Für das aargauische Aktionskomitee gegen die Spielbanken:

Karl Barth, Pfr.